

A-1 Kommunalwahlen sind Kampagnenzeiten! Mit gemeinsamer Strategie für linke Kommunen kämpfen.

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 11.06.2025
Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

Antragstext

1 Am 14. September in Nordrhein-Westfalen, im März 2026 in Bayern und Hessen, im
2 Herbst 2026 dann in Niedersachsen und Berlin - über 50% der bundesweit
3 Wahlberechtigten werden im nächsten Jahr zu Kommunalwahlen aufgerufen. Als GRÜNE
JUGEND sehen wir darin einen mehr als guten Zeitpunkt, um als Verband
mit einer gemeinsamen Strategie in künftige Kommunalwahlen zu gehen.

GJ x Kommunalpolitik: Für das große Ganze im ganz Kleinen kämpfen.

5 Bundesweit engagieren sich mehr als 200.000 Menschen kommunalpolitisch im
6 Gemeinde- oder Stadtrat, Kreistag oder einer Bezirksvertretung. Auch
7 innerhalb der GRÜNEN JUGEND ist dieses Engagement ein Teil unserer politischen
8 Praxis. Und dennoch wird Kommunalpolitik – auch innerhalb der
9 politischen Linken – oft unterschätzt oder als „weniger wirkmächtig“ angesehen.
10 Das wird der Realität nicht gerecht.

11

Denn dort, wo Politik am unmittelbarsten in das Leben der Menschen eingreift –
sei es bei Mobilität, Bildung, sozialen Angeboten oder Klimaschutz –
haben laute, junge Stimmen eine große Relevanz. Linke Kommunalpolitik hat die
Kraft vor Ort Menschen immer wieder aufs neue von Demokratie zu
überzeugen, wenn kommunale Mandatsträger*innen die Sorgen der Mehrheit vor Ort
ernst nehmen.

12 Unsere GJ-Kommunalis können genau das tun und damit Brückenbauer*innen zwischen
Straße und Parlament sein.

13 Als GRÜNE JUGEND setzen wir uns für eine gerechte Gesellschaft ein, in der kein
14 Wirtschaftssystem mehr die planetaren Grenzen missachten darf,
15 Menschen ausbeutet und sie auf ihre Arbeitsleistung reduziert. Wir kritisieren
16 gesellschaftliche Missstände und geben uns nicht damit zufrieden, wenn
eine Regierung die kleinste sozialpolitische Maßnahme als Allheilmittel gegen
Armut verkauft, sondern wissen, dass Armut genau wie die Klimakrise und

Menschenfeindlichkeit mit diesem System zusammenhängt. Deshalb suchen wir nach großen Antworten und strukturellen Lösungen.

17 Für diese Ziele braucht es beides: den Protest auf der Straße und die
18 Durchsetzungskraft im Gremium. Unsere kommunalpolitisch aktiven Mitglieder zeigen jeden Tag, wie beides zusammenwirken kann – oft unter schwierigen Bedingungen, mit limitierten Ressourcen und gegen Widerstände.

19 Dabei ist uns bewusst: Kommunalpolitik bindet Zeit, Energie und Aufmerksamkeit.
20 Genau deshalb verdient das Engagement unserer Mitglieder dort nicht nur Respekt, sondern Unterstützung und Rückendeckung durch den Verband.

21 Als Grüne Jugend setzen wir uns für einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel
22 ein. Kommunale Gremien sehen wir dabei als einen Ort der Wirksamkeit. Klar ist dabei aber: Auch hier sind die Handlungsmöglichkeiten, wie in allen Parlamenten, begrenzt.

23 Wir sehen diese Widersprüche und auch, dass die GRÜNE JUGEND in den letzten
24 Jahren kein gemeinsames Verständnis von kommunalpolitischer Arbeit hatte.
25 Um das zu ändern, haben wir uns auf den Weg gemacht unsere Ansprüche an eine linke Kommunalpolitik und als Verband ein wirksames Verhältnis zu ihr zu finden.

26 Zunächst möchten wir hier ausführlich die Herausforderungen die derzeit
27 existieren ansprechen, daran anschließend Grundsätze eines kommunalpolitischen
28 Selbstverständnisses formulieren und Empfehlungen für alle Ebenen von Verantwortungsträger*innen aussprechen, um gut vorbereitet in Kommunalwahlen und neue kommunale Wahlperioden zu gehen.

29 Wir verstehen diesen Antrag als eine Bestandsaufnahme, die keinen Anspruch auf
30 End- oder Allgemeingültigkeit hat. Vielmehr möchten wir eine
31 Diskussionsgrundlage schaffen, mit der wir als Verband in den nächsten Jahren fortlaufend überprüfen können, inwiefern die Bewältigung bestehender Herausforderungen sich künftig verbessert.

32 **Ist-Zustand und Herausforderungen im Verhältnis von GJ x Kommunalpolitik**

33 Ein großer Teil unserer Mitglieder findet den Weg zur GRÜNEN JUGEND über die
34 Doppelmitgliedschaft bei Eintritt in die Grüne Partei. Die Zeit, die
35 Mitglieder brauchen, um in unseren Verbandsstrukturen aktiv zu werden,
36 unterscheidet sich von Ort zu Ort, von Mitglied zu Mitglied. Wenn Mitglieder
37 zunächst Anschluss in ihrem Grünen Kreis- oder Ortsverband finden, passiert es
38 nicht selten, dass ihnen schnell eine Kandidatur für das Kommunalparlament angeboten wird. Dabei wird nicht immer transparent und auf die

Lebensrealitäten junger Menschen achtend über ein kommunales Mandat informiert. Die Grünen haben ein inneres Interesse daran junge Mitglieder auf kommunale Wahllisten zu stellen, da sie so einen vielfältigen Eindruck machen und sich erhoffen stärkere Ergebnisse bei jungen Wähler*innen zu erzielen.

39 Gleichzeitig entscheiden sich Mitglieder der GRÜNEN JUGEND auch bewusst und
40 selbstständig für die Kandidatur für ein kommunales Gremium. Denn der
41 Radweg vor der eigenen Haustür, die Gegenwehr gegen Einsparungen bei
42 Jugendprojekten in der Heimatstadt sowie der Einsatz für mehr offene Sportplätze
bedeuten konkrete politische Wirksamkeit. Dadurch wird es diesen Mitgliedern
möglich, die diskutierten Projekte und aktuelle Themen des Plenums im GJ-
Kreisverband selbst anzupacken und umzusetzen.

43 Mit den kommunalen Mandaten können aber je nach Größe der Kommune auch enorme
44 Anforderungen einhergehen, auf die junge Mandatsträger*innen nicht immer
ausreichend vorbereitet sind. Hierin liegt eine ganz offene Herausforderung im
Verhältnis des Verbandes gegenüber kommunalpolitischem Engagement.

45 Doch nicht nur wegen fehlender Zeit sind GJ-Kommunalpolitiker*innen manchmal
46 weniger erreichbar für uns als Verband - auch fehlen bis heute häufig
47 passende Räume, die einerseits Anknüpfungspunkte bieten an ihre tägliche Arbeit
48 vor Ort und andererseits einen oft erwünschten Austausch mit anderen
49 jungen Kommunalpolitiker*innen ermöglichen. Dieser Austausch wäre vor allem
50 deshalb wichtig, weil sie oft die einzigen jungen, linken Menschen in
ihrem kommunalen Gremium sind. Und so bleibt oft nichts, als sich überwiegend mit
älteren, manchmal konservativen Grünen politisch auszutauschen und
strategisch zusammenzuarbeiten. Hierin liegt das Risiko einer Entfremdung
gegenüber dem Verband und einer allgemeinen Depolitisierung, auch weil in
der Vergangenheit nicht mitgedacht wurde, wie das Spannungsverhältnis
wertschätzend und für den Verband hilfreich überbrückt werden kann.

51 Zusammengefasst bedeutet das: Derzeit entscheiden sich junge Mitglieder oft für
52 kommunalpolitisches Engagement, ohne umfassende, transparente
53 Informationen als Entscheidungsgrundlage zur Verfügung gestellt zu bekommen.
Fehlende Zeit, nicht organisierte Vernetzungsräume und oft entfernt
scheinende Inhalte unserer Bildungsarbeit sorgen dafür, dass sie sich weniger
aktiv in die Grüne Jugend einbringen.

54 Dabei könnten wir als Grüne Jugend ein wichtiger Ort für für progressive
55 Kommunalpolitik sein, indem wir junge Kommunalpolitiker*innen fördern und so
linke Projekte vor Ort vorantreiben.

56 **Unser kommunalpolitisches Selbstverständnis**

57 Kommunalpolitik bietet Räume für einen sachlichen und alltagsnahen Austausch über
58 Politik. Hier lassen sich politische Logiken fernab vom Rampenlicht
lernen. Das bedeutet, dass es vor Ort besser möglich sein kann, breite Bündnisse
zwischen Zivilgesellschaft und Politik zu bauen.

59 Als GRÜNE JUGEND verstehen wir uns als Aktivist*innen, die genau diese Bündnisse,
60 zwischen Straße und Parlament, aufbauen und mitgestalten wollen. Vor
61 diesem Hintergrund möchten wir Kommunalpolitik künftig als Bestandteil der
politischen Arbeit der GRÜNEN JUGEND verstehen. Das bedeutet, dass wir
Mitglieder, die sich selbst für eine Kandidatur bei Kommunalwahlen entscheiden,
unterstützen und sie auf kommunalpolitische Mandate vorbereiten.

62 Dennoch müssen wir feststellen, dass die kommunalpolitischen Strukturen und
63 rechtlichen Rahmenbedingungen dieses Engagements je nach Größe der
64 Gemeinde oder des Kreises und des kommunalen Gremiums sehr unterschiedlich sind.
65 Der Zeitaufwand, aber auch die politische Wirksamkeit unterscheiden
66 sich deutlich zwischen einem Stadtrat einer Großstadt und beispielsweise einem
67 Ortschaftsrat oder Bezirksbeirat. Dabei sind die Verhältnisse in
68 kommunalen Räten häufig nicht auf die Lebensrealitäten junger Menschen abgestimmt
und das kommunale Engagement kann enorm viele Ressourcen binden.
Insbesondere FINTA*-Personen sind zudem aufgrund von patriarchalen Strukturen
häufig noch stärker von Anfeindungen, Hetze und Gewalt durch
Konservative und Rechte betroffen, ob im Rat, auf der Straße oder im Netz.
Deswegen brauchen junge Kommunalis besondere verbandliche Unterstützung, um
in ihren Mandaten auch politische Wirksamkeit entfalten zu können.

69 Wenn junge Menschen sich eigenständig dazu entscheiden ein kommunales Mandat
70 anzustreben, möchten wir sie in Zukunft mehr in die Verbandsarbeit
71 einbinden: So wollen wir Landesverbände ermutigen, feste Vernetzungsstrukturen
auf Landesebene zu schaffen, die (angehenden) Kommunalis Austausch- und
Mentoring-Möglichkeiten bieten.

72 Auf der anderen Seite möchten wir das Mandatsverständnis von GJ-Kommunalis als
73 eines prägen, in dem kommunale Bündnisarbeit im Vordergrund steht.
74 Kommunalpolitiker*innen haben häufig Zugriff auf große Netzwerke vor Ort. Die
75 daraus entstehenden Kontakte zu möglichen Bündnispartner*innen können
für unsere Kreisverbände eine große Hilfe für die aktivistische Arbeit sein.
Zusätzlich verfügen Kommunalpolitiker*innen über wertvolles Wissen zu
sozialen Bedarfen und Strukturen vor Ort. Sie wissen genau, wo es Unterstützung
für queere Jugendliche, Nachhilfeangebote oder Mietberatungen braucht.

76 Durch regelmäßige Bürgersprechstunden und direkte Ansprechpartner*innen können
77 sie soziale Teilhabe konkret lebbar machen und praktische Hilfe
anbieten. Dieses Wissen gilt es zu nutzen und in solidarische Praxis umzusetzen.

78 Die Kreisverbände sollten gemeinsam mit Kommunalpolitiker*innen den Kontakt zu
79 lokalen Initiativen wie genossenschaftlichen Wohnprojekten,
Jugendbeteiligungen oder kommunalen Umweltinitiativen suchen.

80 Deshalb ist es essenziell, dass Grüne Jugend und Partei ihre Räume öffnen und
81 jungen Kommunalpolitiker*innen Orte für Austausch, Vernetzung und
gemeinsames Handeln bieten. So verbinden wir politisches Engagement mit echter
Unterstützung und schaffen lebendige Solidarität vor Ort.

82 Dabei sehen wir solche Debattenräume mit den Mitgliedern vor Ort auch als
83 wichtigen Anlaufpunkt für unsere Kommunalis, um aktuelle Meinungen und
84 Positionen von jungen Menschen einzufangen und diese dann in das kommunale
Gremium zu tragen. Dadurch verbessern wir sowohl die Arbeit unserer
Kommunalis als auch die Debattenräume in unseren Kreisverbänden.

85 Außerdem stehen im Mittelpunkt von Kommunalpolitik häufig ganz direkte
86 Verteilungsfragen: Linke Politik in der Kommune macht aus, dass wir eine starke
Lobby für diejenigen sind, die selbst nicht mit am Tisch sitzen.

87 Der Zuwachs an Aufgaben, die durch Bund und Länder an die Kommunen weitergegeben
88 wird, war in den letzten Jahren enorm. Gleichzeitig hat sich an der
89 grundlegenden Finanzierung und Einnahmestruktur der Kommunen kaum etwas
90 verändert.

Diese fahrlässige Politik hat dazu geführt, dass viele Kommunen bundesweit unter
angespannten Haushaltslagen arbeiten. Dort, wo das Geld knapp ist,
wird oft zuallererst bei marginalisierten Gruppen gespart. Das ist weder gerecht
noch gemeinwohlorientiert.

91 Kommunale Mandatsträger*innen der GRÜNEN JUGEND sollten dieses Spannungsfeld
92 immer im Sinne der 99% auflösen und für eine Politik kämpfen, die für
93 diejenigen einsteht, die sich selbst nicht vertreten können. Für die Umsetzungen
konkret in Ortsgruppen bedeutet das: Nutzt das Wissen und die
Ressourcen!

94 Wenn ihr wisst, wo Sozialbindungen auslaufen, könnt ihr vor Ort mit jungen
95 Menschen ins Gespräch kommen und sie für die Grüne Jugend begeistern. Wenn
96 ihr wisst, wo mal wieder gekürzt werden soll, könnt ihr die Demo organisieren und
wenn ihr das Büro in einen solidarischen Ort verwandeln wollt, habt
ihr da jemanden mit Reichweite und Kontakten.

97 **Kommunalwahlen sind Kampagnenzeiten**

98 Unabhängig davon, ob Mitglieder für ein kommunales Parlament kandidieren -
99 Kommunalwahlen sind für uns Kampagnen-Zeiträume! Wie auch alle anderen

100 Wahlkämpfe bieten Kommunalwahlkämpfe einen Zeitraum in dem junge Menschen sich
101 stärker politisieren und wir als GRÜNE JUGEND zeigen können, dass es
102 sich lohnt gemeinsam mit uns für eine gerechtere Zukunft zu kämpfen.

101 Die besten Kampagnen lassen sich dann führen, wenn sie breite Beteiligung
102 ermöglichen und frühzeitig geplant werden. Deshalb schlagen wir vor, bereits
103 1,5 Jahre vor einer anstehenden Kommunalwahl das Thema auf einer
104 Landesmitgliederversammlung oder einem Bildungswochenende zu setzen. So haben
105 viele
Mitglieder die Möglichkeit Ideen für die Kampagne einzubringen. Auch ein
Kampagnen-Team, das auf Landesebene im Jahr der Kommunalwahl eingesetzt wird,
kann ein guter Ort sein, um mehr Mitglieder an der Ausgestaltung der Kampagne zu
beteiligen. Die inhaltliche Besonderheit bei einer Kommunalwahl-
Kampagne liegt darin, dass die relevanten Themen direkt vor der Haustür
stattfinden.

106 Hierin besteht ein großes Mobilisierungspotential, das wir als Verband nutzen
107 sollten: GJ-Kreisverbände sollten sich frühzeitig, mit Unterstützung
108 durch den Landesverband, ein "Leuchtturm-Projekt" für ihre Kommune suchen, das
109 sie möglicherweise in das Wahlprogramm der Grünen verhandeln können,
110 vor allem
111 aber in der Kampagnenzeit mit Aktionen bewerben können. Seien es ein neues
112 Jugendzentrum, eine bessere ÖPNV-Anbindung oder kostenfreie
Menstruationsartikel auf öffentlichen Toiletten: Über Petitionen,
Beteiligungsformate, Podiumsgespräche, Anfragen an Parteien, Suchen von
zivilgesellschaftlichen Bündnispartner*innen - für jedes linke Projekt lässt sich
vor Ort Kampagne machen. Hier sollte ein Schwerpunkt einer
Kommunalwahl-Kampagne liegen.

113 **Kommunale Demokratie stärken - Klare Position der GRÜNEN JUGEND**

114 Die bereits angesprochene Verlagerung von Pflichtaufgaben an die Kommunen, hat
115 die Kommunalpolitik in den letzten Jahren enorm geschwächt. Denn die
116 Länder und der Bund unterstützen die meisten Pflichtaufgaben nicht ausreichend
117 finanziell, was Kommunen nur in die Überschuldungen treibt. Dabei ist
118 eine starke Kommunalpolitik eine Grundlage für ein positives Verhältnis zur
119 Demokratie in der Bevölkerung. Wenn man vor Ort die Erfahrung mache dass
mein*e Rät*in oder Bürger*innenmeister*in auch wirklich etwas bewegen kann,
gewinnt man Vertrauen in Demokratie. Deswegen sehen wir es auch als
wichtiges Anliegen, unserer landes- und bundespolitischen Arbeit als GRÜNE
JUGEND, Kommunen zu stärken - finanziell und strukturell. Gemeinsam mit
unseren kommunalen Mandatsträger*innen wollen wir in Zukunft noch deutlicher für
mehr Geld und mehr Handlungsspielraum in den Kommunen eintreten.

120 **Handlungsempfehlungen für alle Ebenen**

121 **Handlungsempfehlungen für den Bundesvorstand:**

- 122 • Der Bundesvorstand stellt einen Unterordner im Wissenswerk in der Grünen
123 Wolke zur Verfügung, in der kommunalpolitische Antragsideen eingestellt
werden können.

- 124 • Der Bundesvorstand unterstützt die Landesverbände in der Entwicklung von
schlagfertigen Kommunalwahl-Kampagnen.

- 125 • Der Bundesvorstand versucht die Übertragbarkeit der Inhalte unserer
126 Bildungsarbeit auf die praktische kommunalpolitische Arbeit vor Ort zu
erhöhen.

- 127 • Der Bundesvorstand unterstützt strukturschwache Landesverbände in der
überregionalen Vernetzung ihrer kommunalen Mandatsträger*innen.

128 **Handlungsempfehlungen für die Landesvorstände:**

- 129 • Die Landesvorstände sollten 1,5 Jahre vor einer anstehenden Kommunalwahl in
130 die erste Phase der Kampagnen-Planung einsteigen. Hierzu kann sich
ein eigenes Bildungswochenende zur Einbindung der Mitgliedschaft anbieten.

- 131 • Die Landesvorstände unterstützen ihre Kreisverbände bei der Suche nach
konkreten Projekten und Themen für eine kommunale Kampagne im Wahlkampf.

- 132 • Die Landesvorstände etablieren feste Vernetzungsstrukturen für kommunale
133 Mandatsträger*innen und legen eine Verantwortlichkeit für diesen
Bereich innerhalb des Landesvorstandes fest.

- 134 • Die Landesvorstände sammeln im Vorfeld der Wahlprogramm-Prozesse vor Ort
135 überregional tragfähige linke Antragsideen, die an die Kreisverbände
zur Einbringung in die lokalen Grünen Wahlprogramme weitergegeben werden.

136 **Handlungsempfehlungen für die Kreisvorstände:**

- 137 • Die Kreisvorstände bemühen sich um einen regelmäßigen Austausch mit ihren kommunalen Mandatsträger*innen.

- 138 • Die Kreisvorstände finden im Rahmen eines Kommunalwahlkampfes ein
139 "Leuchtturmprojekt", mit dem sie vor Ort Kampagne machen und junge Menschen mobilisieren

- 140 • Die Kreisvorstände bringen sich aktiv mit linken Antragsideen in den Grünen Wahlprogramm-Prozess vor Ort ein.

- 141 • Die Kreisvorstände unterstützen linke GJ-Kandidierende dabei, auf aussichtsreiche Listenplätze zu kommen.